

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 5

Abgeschlossen am 26. Mai 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform

*Zunehmende Wirksamkeit des Preismechanismus — Übergang von der direkten zur indirekten Lenkung der Wirtschaft — Wirtschaftslenkung mit oder ohne Preismechanismus — Notwendigkeit der Währungssicherung
Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Landwirtschaft —
Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

Produktionskostengestaltung und Preispolitik im österreichischen Braunkohlenbergbau

Starke Unterschiede in den Gesteinskosten der einzelnen Braunkohlenbergbaue — Vereinheitlichung der Kohlenpreise durch zwischenbetriebliche Erlösausgleiche — Die technischen Schwierigkeiten des Preisausgleiches — Die wirtschaftliche Problematik der Preispolitik

Das internationale Wechselkursproblem

Beseitigung von Zahlungsbilanzstörungen durch Wechselkursänderungen — Die allgemeinen Auswirkungen einer Abwertung — Problematischer Erfolg einer Währungsabwertung unter den gegenwärtigen Verhältnissen — Alternative Lösungen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform

Zunehmende Wirksamkeit des Preismechanismus

Die durch die Geldverknappung ausgelösten Reaktionen im gesamten Wirtschaftsleben¹⁾ drängen zu einer gründlichen Überprüfung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Solange einer stark überhöhten Geldmenge nur ein kleines Güterangebot gegenüberstand, mochte die direkte Lenkung des Wirtschaftsablaufes durch verschiedene administrative Maßnahmen, wie Bewirtschaftung, Preis- und Lohnkontrolle, Arbeitspflichtgesetz, totale Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Ein- und Ausfuhrgenehmigung usw. zur Verhütung eines unmittelbaren Wirtschaftschaos unvermeidlich gewesen sein. Seitdem jedoch das Geld knapp geworden ist und die zunehmend steigende Produktion das Warenangebot bedeutend erhöht hat, ist eine völlig neue Situation entstanden. Ungeachtet

aller bestehenden formalen wirtschaftlichen Bindungen und Beschränkungen übernimmt in immer größeren Bereichen der Marktpreis wieder die Funktion des Wirtschaftsregulators. Abgesehen von Lebensmitteln, ist selbst bei Gütern des dringlichen Bedarfes der Abstand zwischen den Höchstpreisen und den freien Marktpreisen vielfach bereits unbedeutend geworden. In zahlreichen Fällen hat der Marktpreis den Höchstpreis sogar schon unterschritten.

Was bisher durch behördliche Eingriffe nicht möglich gewesen war, beginnt nun der Marktmechanismus nach seinen eigenen Gesetzen zu bewirken: die Umlenkung der Warenströme auf die legalen Märkte, die Konzentration der Nachfrage auf lebenswichtige Güter und im Zusammenhang damit eine allmähliche Einschränkung der Produktion entbehrlicher Güter, die bisher einen übermäßig großen Teil der knappen Produktionsfaktoren beansprucht hat. Die Geldverknappung zwingt die Betriebe zur Rationalisierung und Kostenein-

¹⁾ Siehe hiezu: „Nachhaltige Auswirkungen der sinkenden Preistendenz auf das gesamte Wirtschaftsgefüge“ in: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Heft Nr. 4, 21 Jg., 1948.

sparung und schaltet minder leistungsfähige Betriebe aus dem Wettbewerb aus. Die Erweiterung der Kaufmöglichkeiten und die Gefahr einer drohenden Arbeitslosigkeit wirken sich sichtbar in einer Steigerung der Arbeitsleistungen aus.

Es ist verständlich, daß sich dieser Umschichtungsprozeß angesichts der geringen Übereinstimmung zwischen Produktionsstruktur und wirksamer Nachfrage nicht reibungslos vollzieht, und es mag zweifelhaft sein, ob es grundsätzlich der beste Weg war, die notwendigen strukturellen Anpassungen dem selbsttätigen Wirken des Marktmechanismus zu überlassen. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, gleichzeitig mit der Währungsreform das stark verzerrte Preis-Lohn-Gefüge wenigstens in seinen wichtigsten Relationen neu zu konstruieren und die erforderliche Umschichtung der Produktion und Nachfrage behutsam und allmählich zu lenken (Ein so weitgehender autoritativer Eingriff war unter den in Österreich gegebenen Verhältnissen praktisch nicht möglich.) Welchen Weg man aber auch gewählt hätte, beide Methoden, die planwirtschaftliche und die marktwirtschaftliche, mußten auf eine Ausschaltung der auf die Dauer lebensunfähigen Betriebe und auf eine Steigerung der Produktion und der Produktivität abzielen. Daß indessen das Wiederaufleben des Marktmechanismus eine solche Entwicklung anbahnte und daß Produktion und Produktivität von Woche zu Woche tatsächlich steigen, wird durch die vorliegenden Produktionsergebnisse hinreichend erhärtet.

Jedenfalls ist es nicht zutreffend, gegenwärtig bereits von einer lähmenden Deflationskrise der gesamten Wirtschaft zu sprechen, weil einzelne Betriebe und Zweige augenblicklich unter Liquiditätsschwierigkeiten leiden und zu Arbeiterentlassungen schreiten — Erscheinungen, die zu beheben eine besondere Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist — und weil eine größere Zahl heute lebensunfähiger Betriebe, die ihre Existenz ausschließlich der vergangenen inflationistischen Entwicklung verdanken, nunmehr ausgeschaltet werden. Gerade auf dieses Ergebnis zielte die Währungsreform ab.

Übergang von der direkten zur indirekten Lenkung der Wirtschaft¹⁾

Es hätte unter den gegebenen politischen, wirtschaftlichen und administrativen Voraussetzungen wenig Sinn, auf der These zu beharren, daß eine

¹⁾ Im Rahmen einer *direkt* gelenkten Planwirtschaft werden sowohl die Unternehmer als auch die Konsumenten durch eine Fülle von einzelnen Anordnungen und Befehlen gezwungen, gegebenenfalls gegen ihre Produzenten- bzw

straff gelenkte und bis ins Detail direkt eingreifende Planwirtschaft geeigneter sei, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu überwinden, als eine mehr freie Gestaltung der Wirtschaft. Tatsache ist, daß die direkten Lenkungsmethoden, die die österreichische Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit anwandte, sowohl in ihrer Konzeption als auch in ihrer Durchführung so unvollständig waren, daß sie die Wiederbelebung der österreichischen Wirtschaft mehr hemmten als förderten. Es ist kaum übertrieben, wenn behauptet wird, daß die in den ersten Nachkriegsjahren durchgeführte Art der Wirtschaftslenkung fast nur die Nachteile beider Systeme — sowohl die der freien als auch die der geplanten Wirtschaft — in sich vereinigte. Dies gilt vor allem für das Kernproblem der Nachkriegswirtschaft, für die Produktionsplanung. Hier ist eine Art negative Auslese unverkennbar. Eine Bewirtschaftung, die zwischen den einzelnen Teilbereichen äußerst mangelhaft koordiniert ist, nicht die Gesamtproduktion erfaßt und die bewirtschafteten Rohstoffe und Produktionsmittel nach dem Existenzerhaltungsprinzip der Betriebe verteilt, gleichgültig ob diese wirtschaftlich arbeiten oder nicht, kann nicht befriedigend funktionieren. Dazu kommt eine ebenfalls äußerst lückenhafte Preiskontrolle, die im wesentlichen auf den individuellen Selbstkosten der einzelnen Betriebe aufbaut und daher jeden Anreiz zu einer rationellen Betriebsführung lähmt. Das Ergebnis der unvollkommenen direkten Lenkungsmethode ist eine Verzerrung der Produktionsstruktur zugunsten der lebensunwichtigen Erzeugnisse und eine Bevorzugung der unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe auf Kosten der leistungsfähigen, eine zunehmende Demoralisierung und eine Verkrampfung der Wirtschaft in Fiktionen, die jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit verloren haben.

Wie bereits erwähnt, hat die Währungsreform, zumindest bis jetzt die Gefahr einer Inflation gebannt und die steigende Produktion die spezifische Knappheit einzelner Güter so weit beseitigt, daß nunmehr für einen größeren Bereich der Wirtschaft auch *indirekte* Methoden im Rahmen einer Marktwirtschaft genügen dürften, eine relativ gleichmäßigere Einkommensverteilung zu verwirk-

Konsumenteninteressen, die sich auf Grund der Preise und Kosten für einzelne Waren und Leistungen ergeben, zu handeln. *Indirekte* Lenkungsmethoden dagegen zielen darauf ab, mit Hilfe der Steuer-, Subventions- und Zollpolitik die Bedingungen der grundsätzlich freien Marktpreisbildung so zu beeinflussen, daß sowohl Unternehmer als auch Konsumenten auf Grund ihres Eigeninteresses so handeln, wie es die Wirtschaftspolitik für wünschenswert hält.

lichen. Es besteht daher auch aus sozialen Erwägungen kein entscheidender Grund mehr, in bisherigem Umfang an einem System festzuhalten, das mit einem kostspieligen Verwaltungsapparat belastet ist und nur äußerst unvollkommen und unter großen Reibungen funktioniert. Dazu kommt, daß sich die neue Entwicklung bereits über alle Vorschriften und Hemmungen hinweg mit elementarer Gewalt und Folgerichtigkeit durchsetzt, so daß der Wirtschaftspolitik praktisch nur noch die Wahl bleibt, sich entweder an hoffnungslose Fiktionen zu klammern und dabei das Gesetz des Handelns zu verlieren oder zu versuchen, durch geeignete system- und stilgerechte Maßnahmen den Strom des Wirtschaftsgeschehens in die gewünschten Bahnen zu lenken.

Die Aufrechterhaltung von direkten Lenkungsmethoden, die mit den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr übereinstimmen, ist heute vielfach bereits ein ernstes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur weil diese Methoden nur sehr unvollkommen funktionieren, sondern vor allem deshalb, weil sie sich nicht störungsfrei in den von marktwirtschaftlichen Kräften geleiteten Anpassungsprozeß einfügen, der durch die Währungsreform ausgelöst wurde. Wirtschaftspolitische Maßnahmen aber, die verschiedenen Wirtschaftsordnungsprinzipien zugehören, stören und lähmen, wenn sie *willkürlich* miteinander vermischt werden, zwangsläufig den Wirtschaftsprozeß.

Ein Beispiel für die Unvereinbarkeit direkter Lenkungsmethoden mit der gegenwärtigen Tendenz im Wirtschaftsleben bildet die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung für jene gewerblichen Erzeugnisse, deren Höchstpreise von den natürlichen Gleichgewichtspreisen schon erreicht oder gar unterschritten wurden. In allen diesen Fällen — es gibt deren bereits eine große Zahl — zeigen sich beträchtliche Absatzstockungen, weil entweder die Bezugscheinausgabe hinter dem Güterangebot nachhinkt oder, was häufiger zutrifft, weil Bezugscheine zwar ausgegeben wurden, die Bezugscheinempfänger jedoch finanziell nicht in der Lage sind, die betreffenden Waren zu kaufen. Gewiß ist die Bemerkung richtig, daß das momentane Überangebot an Waren nicht darauf zurückzuführen ist, daß der *Bedarf* der Konsumenten bereits befriedigt sei. Für die Wirtschaftspolitik aber kann von vornherein nicht der Bedarf, der praktisch immer und heute, mit Rücksicht auf die seit Jahren aufgestauten Konsumwünsche, mit verstärkter Intensität unersättlich ist, maßgebend sein, sondern nur die kaufkräftige Nachfrage sowie die Überlegung, auf

welche zweckmäßige Weise die Produktion am besten angeregt und das Güterangebot am sichersten erhöht werden könne. Dabei wird sich ergeben, daß unsere Wirtschaft, die durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen einen bedeutenden Teil ihrer Vermögenssubstanz und ihrer Leistungsfähigkeit eingebüßt hat, auch bei optimaler Ausnutzung der Kräfte noch längere Zeit nicht in der Lage sein wird, einen „friedensmäßigen“ Lebensstandard zu gewährleisten.

Die Wirtschaftspolitik aber muß sich darüber im klaren sein, daß in dem Augenblick, wo das Angebot zu den geltenden Preisen ausreicht, die kaufkräftige Nachfrage zu befriedigen, es nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr sinnvoll ist, die Waren nach den gleichen Gesichtspunkten zu verteilen, wie sie eine planwirtschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft aufstellt. Die reibungslose Durchsetzung von Bewirtschaftungsprinzipien setzt einen gewissen Geldüberhang sowohl bei den Betrieben als auch bei den Konsumenten voraus, da nur dann die Waren entsprechend den gewählten Verteilungsschlüsseln verteilt werden können, wenn jeder Bezugsberechtigte auch finanziell in der Lage ist, die ihm zugedachten Warenmengen zu beziehen. Fehlt diese Elastizität der Geldmenge, so sind schwere Störungen im Wirtschaftsablauf unvermeidlich. Eine direkte Zuteilung scheitert dann an den gegebenen Preis- und Einkommensrelationen, während die Verteilung durch den Preismechanismus infolge der Bezugscheinpflcht nicht wirksam werden kann. Diese Widersprüche zwischen der behördlichen und der auf Grund der Preis- und Einkommensrelationen möglichen Verteilung treten nicht nur bei der Warenbewirtschaftung, sondern bei allen Formen der direkten Lenkung, wie bei der Außenhandelslenkung (Waren, die nicht ausgeführt werden sollen, könnten auf Grund der Weltmarktpreise exportiert werden, und solche, die planmäßig exportiert werden sollen, können aus preislichen Gründen nicht ausgeführt werden), der Produktionsplanung und der Arbeitskräfte lenkung auf.

Wirtschaftslenkung mit oder ohne Preismechanismus

Die Wirtschaftspolitik muß sich nunmehr entscheiden, ob sie den mit der Währungsreform beschrittenen Weg konsequent weiter verfolgen will oder ob sie, zumindest theoretisch, in bisherigem Umfang an einer ins Detail gehenden Lenkung mit direkten Methoden festhalten soll. Im ersten Fall müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen

so gewählt werden, daß sie mit den Grundsätzen einer durch Preise gesteuerten Marktwirtschaft übereinstimmen. Das würde bedeuten, daß in zunehmendem Maße die Preise als wirtschaftliches Ordnungsprinzip anerkannt werden und die nach wie vor notwendigen wirtschaftspolitischen Eingriffe sich soweit als möglich darauf beschränken, die Bedingungen des Preismechanismus so zu modifizieren, daß eine bestimmte, als wünschenswert anerkannte Entwicklung über dem Umweg der Preise erreicht wird. Im anderen Fall, wenn man glaubt, auf eine direkte Lenkung des Wirtschaftsgeschehens nicht verzichten zu können, müßte aus der inneren Logik dieses Systems ein gewisser Geldüberhang geschaffen werden, der notwendig ist, diesen Verteilungsprinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Wirtschaftspolitik steht dabei keineswegs vor der Alternative „Planwirtschaft oder freie Wirtschaft“, sondern vor der Frage, ob sie die Wirtschaft unter zielbewußter Ausnutzung des Preismechanismus oder unter seiner Mißachtung lenken soll. Die Rückkehr des Preises als Regulator des Wirtschaftsgeschehens bedeutet nicht, daß innerhalb kurzer Zeit, oder überhaupt, eine „liberale“ Wirtschaftsordnung wiedereingeführt werden müßte. Wahrscheinlich wird noch für eine längere Übergangszeit auf eine direkte Lenkung bestimmter Teile der Wirtschaft nicht verzichtet werden können. Dies gilt vor allem für den Lebensmittel- und Devisenmarkt sowie für einige lebenswichtige gewerbliche Bedarfsgegenstände, wo noch für längere Zeit eine spezifische Knappheit herrschen wird, zu deren Bekämpfung indirekte wirtschaftspolitische Methoden nicht ausreichen würden. Aber auch hier wäre zu erwägen, ob nicht durch ein elastisches System, etwa mit Hilfe eines freien zweiten Marktes, der Gesamtwirtschaft besser gedient wäre als mit einem starren Festhalten an fiktiven Maßnahmen, zu deren Durchsetzung sowohl die wirtschaftlichen als auch die moralischen Voraussetzungen fehlen.

Eine *Legalisierung des Grauen Marktes* ist gegenwärtig allerdings nur dann vertretbar, wenn die Gewähr dafür besteht, daß der für die Bewirtschaftung bestimmte Teil der lebenswichtigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Güter tatsächlich erfaßt und an die Versorgungsberechtigten zu den amtlichen Höchstpreisen verteilt wird. Solange die Wirtschaft noch nicht genügend gekräftigt und gesichert ist, wäre es verfrüht, die Bewirtschaftung überhaupt — so unzulänglich und unbefriedigend sie bisher auch funktioniert haben mag — abzuschaffen. Es wäre jedoch anzustreben, daß das Bewirtschaftungssystem, das für die gewerbliche Wirt-

schaft gegenwärtig in Durchführung des Warenverkehrsgesetzes reorganisiert wird, je nach der gegebenen Versorgungslage elastisch gehandhabt wird (z. B. durch befristete Aufhebung der Bewirtschaftung für bestimmte Warengruppen, nötigenfalls durch deren Wiedereinbeziehung in die Bewirtschaftung).

Für die Einführung eines freien zweiten Marktes, und zwar für seine konsequente Einführung auf allen Gebieten, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der gewerblichen Wirtschaft und im Devisenverkehr, spricht nicht nur der Umstand, daß sich auf diese Weise der weiterhin gebunden bleibende erste Markt, der mit Hilfe der Kontingentierung und Rationierung die Befriedigung der lebensnotwendigsten Bedürfnisse sicherzustellen hätte, widerspruchsfrei in den allgemeinen Marktmechanismus einfügen würde, sondern nicht zuletzt auch *budgetäre* Erwägungen. Bekanntlich entzieht sich ein immer größerer Teil der Warenumsätze und Einkommen, die aus dem Grauen und dem Schwarzen Markt fließen, der Besteuerung. Mit der Einführung eines freien zweiten Marktes würden mit einem Schlage der Graue und der Schwarze Markt beseitigt werden, eine Fülle wirtschaftshemmender und produktionsmindernder Fiktionen wegfallen, der legale Wirtschaftsverkehr, insbesondere der legale Handel, belebt und dem Staate ein erhebliches Mehr an Steuergeldern zugeführt werden.

Auch in einer durch die Preise gesteuerten Wirtschaft wird das Wirtschaftsgeschehen sich nicht selbst überlassen bleiben. Der Unterschied zwischen einer Wirtschaftsplanung, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele des Marktmechanismus bedient, und einer direkt gelenkten totalen Planwirtschaft, besteht lediglich darin, daß erstere mit Hilfe der Preise, letztere aber vielfach gegen die Preise plant¹⁾. Auch bei der indirekten Wirtschaftslenkung ist eine Art *Wirtschaftsplan*, der realistisch auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten aufbaut, unerlässlich. Ein derartiges realistisches Konzept fehlt zur Zeit noch für die österreichische Wirtschaft, da die bisher bekannt gewordenen Wirtschaftspläne meist nur Teilausschnitte aus der Gesamtwirtschaft umfassen und Ziele verfolgen, die auf Grund der zu erwartenden ausländischen Hilfe und der möglichen Mobilisierung der inländi-

¹⁾ Die Methodik einer Planwirtschaft mit Hilfe des Preismechanismus wurde in den letzten Jahren vor allem von englischen und amerikanischen sozialistischen Autoren entwickelt. Die von ihnen vertretene Richtung wird vielfach als „*konkurrenzwirtschaftlicher*“ Sozialismus, im Gegensatz zum „*autoritären*“ Sozialismus bezeichnet.

schen Produktivkräfte teilweise als utopisch angesehen werden müssen. Das Problem der österreichischen Wirtschaftslenkung besteht daher nicht sosehr in der alternativen Mehr- oder Wenigerplanung als in der Aufstellung eines koordinierten, alle Teilbereiche der Wirtschaft umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeptes, das mit sinnvoll und widerspruchsfrei aufeinander abgestimmten Methoden verwirklicht wird. Art und Höhe der Staatseinnahmen sowie der Staatsausgaben, die Subventionspolitik der öffentlichen Körperschaften, die Verteilung der Marshall-Plan-Hilfe und des daraus sich ergebenden Sperrfonds, die Außenhandelspolitik, die Kreditpolitik und nicht zuletzt die Produktionspolitik der verstaatlichten Betriebe bieten so viele Eingriffsmöglichkeiten in das Wirtschaftsleben, daß mit ihrer Hilfe nahezu jede gewünschte Beeinflussung des Wirtschaftsablaufes durchgesetzt werden kann.

Notwendigkeit der Währungssicherung

Voraussetzung für ein befriedigendes Funktionieren einer mittels des Preismechanismus gesteuerten Wirtschaft ist eine relativ stabile Währung. Angesichts der in jüngster Zeit zutage tretenden Bestrebungen — man spricht da und dort von der Notwendigkeit einer „Reinflation“ — erscheint es notwendig, nochmals ernste Bedenken gegen eine zu großzügige Geld- und Subventionspolitik geltend zu machen.

Die bisherige Entwicklung trägt durchaus nicht die Züge eines typischen Deflationsprozesses. Entscheidende Preissenkungen sind bisher nur auf dem Schwarzen Markt und, mit Abstand, auf dem Grauen Markt erfolgt, während die offiziellen Preise nur geringfügig zurückgegangen sind. Die Produktion hat in den wichtigsten Industriezweigen in den letzten Monaten bedeutend zugenommen — der Produktionsindex der Grundstoffindustrien ist von 75,9% im November 1947 auf 90,2% im März 1948 (1937 = 100) gestiegen — und auch auf dem Arbeitsmarkt ist trotz einiger, angesichts der bisherigen Überbeschäftigung günstig zu beurteilenden Anpassungserscheinungen an die veränderte Geldsituation bisher keine größere Arbeitslosigkeit eingetreten. Daß im Zuge dieser Entwicklung unwirtschaftlich arbeitende Betriebe, die sich bisher nur dank der inflationistischen Entwicklung und der unzulänglichen direkten Lenkungsmethoden halten konnten, ausgeschaltet werden, ist eine im Interesse der Hebung der allgemeinen Produktivität notwendige und durchaus wünschenswerte Begleiterscheinung des Umgruppierungsprozesses.

Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, der Wirtschaft unter dem Vorwand der „Währungssicherung“ die zur Ausschöpfung ihrer produktiven Möglichkeiten notwendigen Mittel vorzuenthalten. Die Belebung und gesunde Entwicklung der Wirtschaft muß das wichtigste Ziel der Geldpolitik sein. Es wäre sicherlich nicht zweckmäßig, etwa den aus den ausländischen Hilfsfonds angesammelten Fonds dauernd zu blockieren. Es ist vielmehr die Aufgabe der Kreditpolitik, leistungsfähige Betriebe wichtiger Wirtschaftszweige durch Bankkredite oder durch Vorschüsse aus den Hilfsfonds die zur Ausweitung ihrer Produktion und Abwicklung ihrer Geschäfte dringend benötigten flüssigen Mittel zu verschaffen. Dabei aber wird wohl zu beachten sein, daß die Kredite in größerem Umfange als bisher zur Finanzierung der Konsumgüterproduktion und relativ kurzer Produktionsumwege, die ziemlich bald einen höheren Ertrag an Konsumgütern erwarten lassen, eingesetzt werden. So sehr der Umbau der österreichischen Wirtschaft im großen Umfange langfristige Investitionen benötigt und so sicher viele dieser Anlagen, auf Sicht gesehen, höchst produktiv sein mögen, die gegenwärtige geringe Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erlaubt nur ein langsames Vorwärtsschreiten. Die Erfahrungen, die andere, wirtschaftlich ungleich leistungsfähigere Staaten als Österreich, wie z. B. Großbritannien und Frankreich, in den vergangenen Jahren mit ihren übermäßig großen Investitionsvorhaben gemacht haben, legen gerade Österreich eine vorsichtige Investitionspolitik nahe.

Unter diesem Gesichtswinkel ist es sehr bedenklich, daß in letzter Zeit gerade für langfristige Investitionen und teilweise für nicht unmittelbar produktive Zwecke gewaltige Geldmittel beansprucht wurden, die insgesamt bei weitem die Leistungsfähigkeit des zur Verfügung stehenden Hilfsfonds übersteigen. So versucht der Staat, einer am Ende doch unvermeidlichen Verwaltungsreform zunächst dadurch auszuweichen, daß er sein Defizit durch die Ausgabe von Schatzscheinen (600 Mill. S) als Vorschuß auf den Hilfsfonds deckt. Den verstaatlichten Betrieben wurde ein Kredit von 300 Mill. zugesichert und der Landwirtschaft eine Milchsubvention in Höhe von voraussichtlich 200 Mill. S gewährt (ohne daß mit dieser Zuwendung das Agrarpreisproblem gelöst würde). Für den Wohnungswiederaufbau wird der Bund für das Baujahr 1948/49 vorläufig einen Betrag von 500 Mill. S als zinsenlosen Kredit zur Verfügung stellen. Auch durch das Freiwerden der zeitlich

gesperrten Konten bei den Kreditinstituten in den Monaten Juni und September wird zumindest die potentielle Nachfrage vergrößert werden. Berücksichtigt man weiters, daß die Ansprüche der alliierten Mächte auf Besatzungskosten für 1948 rund 597,4 Mill. S betragen und, in weiterer Sicht, dem Staat voraussichtlich aus dem Staatsvertrag und aus der Aufstellung und Erhaltung eines österreichischen Heeres gewaltige zusätzliche Ausgaben erwachsen werden, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß sich in Zukunft, selbst bei einer steigenden Produktion und bei einem zunehmenden Zirkulationsbedarf der Wirtschaft, neue Auftriebstendenzen durchsetzen. Gerade die Befürworter einer freieren Wirtschaftsgestaltung mögen bedenken, daß

eine übermäßige Geldflüssigkeit die Wirtschaft entweder in die Inflation drängen oder zwingen würde, sich neuerdings rigoroseren Formen der Wirtschaftslenkung (Bewirtschaftung, Preiskontrolle usw.) zu unterwerfen.

So verlockend es auch für ein verarmtes Land sein mag, für seinen Wiederaufbau ein umfangreiches Investitionsprogramm ins Auge zu fassen, so wird doch abzuwägen sein, ob die erstrebte Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung besser und sicherer mit Hilfe einer stabilen Währung und einer funktionierenden Marktwirtschaft oder auf dem Wege einer das volkswirtschaftliche Sparvolumen übersteigenden Investitionstätigkeit erreicht werden kann.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 186

Die Zunahme des *Notenumlaufes* hielt auch im April an und betrug 143 Mill. S gegen 120 Mill. S im März und 187 Mill. S im Februar d. J. Die Erwartungen, daß die Abhebungen bei der Nationalbank nach einer kurzen Übergangsperiode rasch abebben werden, haben sich somit nicht erfüllt. Die Kreditinstitute allein haben im April von freien Girokonten 206 Mill. S, die öffentlichen Stellen 90 Mill. S abgehoben.

Dieser starke Rückgang der *freien Giroverbindlichkeiten* ist zum Teil eine Folge der schwierigen finanziellen Lage des Staates, der infolge des schleppenden Eingangs der Steuern Kassaresserven angreifen mußte und darüber hinaus gezwungen ist, das Kassadefizit durch Ausgabe von Schatzscheinen zu decken¹⁾. Zum Teil ist er eine Folge der Kreditausweitung der Kreditinstitute, über die zwar bisher keine Zahlen bekanntgegeben wurden, deren Ausmaß jedoch ungefähr aus der gleichzeitigen Zunahme des Notenumlaufes und der Einlagen der Kreditinstitute (die Scheckeinlagen sind im März um 423 Mill. S und die Spareinlagen um 92 Mill. S gestiegen) geschätzt werden kann. Die Abnahme der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank um insgesamt 296 Mill. S überstieg im April selbst die Eingänge von Erlösen aus alliierten Hilfslieferungen, die die zeitlich gesperrten Konten um 157 Mill. S erhöhten, bedeutend. Daraus geht hervor, daß die von der Stilllegung der Einnahmen aus Hilfslieferungen ausgehenden deflatorischen Wirkungen bisher durch expansive Strömungen über-

kompensiert wurden. Die bisherige Hauptquelle der Umlaufvermehrung, die Ausweitung des Kreditvolumens der Kreditinstitute, wird allerdings binnen kurzem infolge der sich zunehmend verschlechternden Liquidität der Institute (die freien Giroreserven der Kreditinstitute betragen zur Zeit nur noch 540 Mill. S, d. s. rund 10% des gesamten Einlagestandes) bald versiegen, sofern nicht die Nationalbank, die allmählich wieder die Kontrolle über die Kreditpolitik in die Hand bekommt, sich durch umfangreiche Rediskontierungen einschaltet. Auf der anderen Seite entspringen jedoch aus dem Budgetdefizit, der Zahlung von Besatzungskosten, den Kreditgewährungen an verstaatlichte Unternehmungen sowie aus den verschiedenen Ansprüchen, die bisher an den Hilfsfonds gestellt wurden, eine Reihe weiterer wirksamer Auftriebstendenzen, so daß auch in Zukunft mit einer allmählichen Ausweitung des Geldvolumens zu rechnen ist.

Auf dem Kapitalmarkt hält die Tendenz sinkender Aktienkurse unvermindert an. Der Index von 23 Industrieaktien stand Mitte März auf 361,5, Mitte April auf 333,0 und Mitte Mai auf 275,6 (1938=100). Er liegt damit bereits um 18,7% niedriger als bei Aufnahme der vertraulichen Aussprachen an der Wiener Börse im Jahre 1946 (August 1946=339,1). Die stärkeren Kurssenkungen im Mai dürften jedoch nicht allein auf die Geldverknappung, sondern zumindest zum Teil auch auf das Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen zurückzuführen sein.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 187-188.

Die *Nettotariflöhne* blieben im April unverändert, während die bei den *Verdiensten* beobachtete

¹⁾ Der Nationalrat ermächtigte den Finanzminister, Schatzscheine im Werte von 600 Mill. S als Vorgriff auf die Erlöse aus der Marshall-Plan-Hilfe auszugeben.

Tendenz des Ansteigens — wenn auch abgeschwächt (2% Steigerung) — weiter anhält. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Zunahme der legalen Nettoverdienste eine Verdienstabnahme durch den Rückgang von unbefugter Arbeit, von Naturalzuwendungen und anderen illegalen Verdiensten gegenübersteht, die statistisch nicht erfassbar sind.

Auf dem Gebiete der Preise waren in der Berichtszeit weitere Rückgänge zu beobachten, besonders auf dem Schwarzen Markt für Nahrungsmittel. Die Preise für Zucker und Mehl sanken beträchtlich; aber auch Butter, Schmalz und Fleisch wurden billiger. Die Preise für Zigaretten und Tee blieben im April unverändert, bei Kaffee dagegen trat ein geringer und bei Wein ein etwas größerer Preisrückgang ein.

Trotz der im April und auch noch bis Mitte Mai anhaltenden Preissenkungstendenz hat es den Anschein, als sei zumindest auf dem Schwarzen Markt eine Verlangsamung eingetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schwarzmarktpreise, zumindest vorläufig, ihren Tiefpunkt bereits erreicht haben, da die Dringlichkeit der Nahrungsbedürfnisse die Konsumenten nach dem Aufzehren ihrer Vorräte sehr bald zum Aufgeben ihrer abwartenden Haltung zwingt.

Die „schwarzen“ Devisenkurse und die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum behielten im April ihre sinkende Tendenz bei; aber auch hier liegen in der ersten Maihälfte — allerdings nur bei den Preisen für Pretiosen — Anzeichen einer

Versteifung vor, die ein zumindest vorübergehendes Wiederaufleben der Kauflust vermuten lassen.

Auch die „grauen“ Preise sanken im Berichtsmonat ständig. Auf diesem Gebiet ist vorerst wohl kaum mit einer Verlangsamung oder gar Stabilisierung zu rechnen. Gegenstände des elastischen Bedarfes, von denen noch immer relativ zu viel produziert wird, erleiden die schärfsten Preiseinbußen.

Die Preisentwicklung auf den freien und „schwarzen“ Märkten¹⁾

Monatsmitte	Schwarzmarktpreise Nahrungsmittel	Genußmittel	Aktienkurse	Versteigerungen	schwarze Devisenkurse
1947					
November	42,1	14,4	77	15,2	33,5
1948					
Jänner	30,0	14,2	50	9,4	13,7
Februar	23,5	9,9	46	9,3	11,0
März	23,8	10,2	36	8,3	10,2
April	18,4	9,4	33	7,3	7,1
Mai	14,0	7,5	28	6,2	

¹⁾ Offizielle Preise vor dem März 1938 (1 alter S gleich 1 neuer S) = 1.

Die Rückgänge der offiziellen Höchstpreise waren bisher — trotz aller bisherigen Bemühungen — nur unbedeutend und erstreckten sich in den seltensten Fällen auf Güter des Massenkonsums. Bisher haben vor allem die Baustoffindustrie, die Holz-, Papier- und Papierwarenindustrie, die Elektroindustrie sowie zum Teil die Maschinenindustrie ihre Preise herabgesetzt. Die Preiseermäßigungen bewegen sich zwischen 2%¹⁾ und 30% (durchschnittlich 10%).

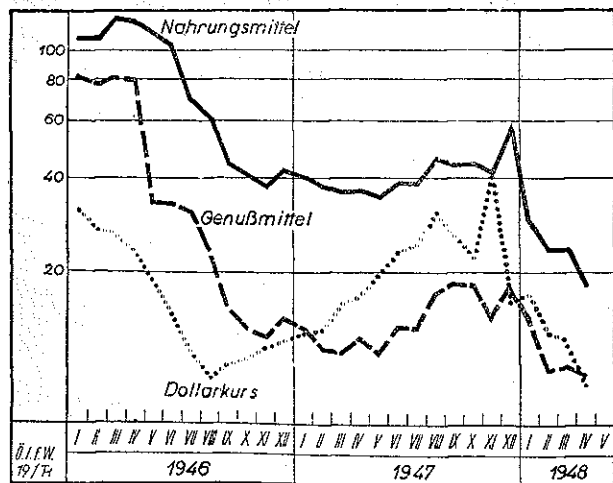
Die Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema wurden durch die bisherigen Senkungen offizieller Preise nicht entscheidend beeinflusst. Der Index ist zwar von Mitte April bis Mitte Mai um 24 Punkte auf 361,9 (April 1945) zurückgegangen, liegt jedoch noch immer um 4,9 Punkte über dem Stand von Mitte Dezember 1947.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 189—190

In der 40. Versorgungsperiode (26. IV. bis 23. V. 1948) ist infolge der geringeren Eigenaufbringung von Brotgetreide, Fleisch und Fett der Grad der Auslandsabhängigkeit weiter gestiegen. Während im März 51% des gesamten Kalorienbedarfes der Nichtselbstversorger aus ausländischen Lieferungen gedeckt wurden, waren es im April schon 60%, im Mai sogar 68% des relativ gleichbleibenden Kalorienbedarfes. Die ausländischen

Abb. 1. Die Preisentwicklung auf dem Schwarzen Markt in Wien (Log. Maßstab; März 1938 = 100)



Die Preise auf dem Schwarzen Markt sind seit dem Währungsschutzgesetz stark zurückgegangen. Mitte Mai lagen die Preise für Nahrungsmittel bereits um 67% und die für Genußmittel um 48% niedriger als Anfang November 1947.

Lieferungen wurden zum größten Teil aus der USA-Hilfe bestritten (rund 96%), während rund 1% auf die Kanada-Hilfe und rund 3% auf kommerzielle Einfuhren (Kartoffel aus der Schweiz) entfielen. Obwohl die Fleischrationen zum Teil durch kanadische Fischkonserven ersetzt wurden, wies zu Beginn der Zuteilungsperiode die Versorgungsbilanz ein Fleischdefizit von mehr als einem Viertel des Gesamtbedarfes auf. Daraus ergibt sich für die Kalorienbilanz ein ungedecktes Soll von 1%. Es sollte allerdings möglich sein, die Fehlmengen bis zum Ende der Versorgungsperiode auszugleichen, sofern weitere Konservenlieferungen aus der Kanada-Hilfe bzw. Fischsendungen aus Kompensationsgeschäften rechtzeitig eintreffen.

Die Ablieferung von *Brotgetreide* ging im April weiter zurück (während im März noch rund 2000 t aufgebracht wurden, waren es im April nur rund 1.400 t). Der Rückstand gegenüber dem Vorjahr erhöht sich dadurch auf rund 26 000 t. Die im Burgenland den Selbstversorgern gewährte Vermahlungserleichterung, verbunden mit einer gleichzeitigen 30%igen Ablieferung der zur Vermahlung abgegebenen Getreidemenge, hat gute Erfolge gezeigt, so daß es vielleicht zweckmäßig wäre, diese Aktion auch auf andere Bundesländer zu erstrecken. Die Aufbringung der restlichen, Ende April auf das Kontingent noch fehlenden Menge von rund 85.000 t erscheint jedoch ausgeschlossen. Selbst die vom Ernährungsdirektorium als Mindestablieferung festgesetzte Menge von 81% des Kontingentes (194 000 t) dürfte kaum erreicht werden, da hierzu noch rund 39.000 t aufgebracht werden müßten.

Die im März als Folge der Gewährung von Naturalprämien festgestellte Besserung der *Kartoffelaufbringung* dauerte im April nicht mehr an. Während im März 9.000 t abgeliefert wurden, waren es im April nur wenig mehr als 4 000 t.

Die Minderablieferung gegenüber dem Vorjahr entspricht sowohl bei Brotgetreide als auch bei Kartoffeln ungefähr dem Rückgang der Ernte. Während die Brotgetreideernte 1947 um 18% geringer war als 1946, ist bis Ende April 1948 um 14% weniger als bis zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres abgeliefert worden. Bei Kartoffeln beträgt der Ernterückgang etwa 26%, der Ablieferungsrückstand 25%. Bei Gerste, Hafer und Mais stehen dagegen Mehrablieferungen von 8 bis 82% Ernterückgängen von 8 bis 29% gegenüber.

Die *Milchaufbringung* blieb im März um etwa 7 bis 8% gegenüber den Leistungen des Vormonates bzw. des gleichen Monats des Vorjahres zurück. Im April dürften jedoch als Folge der Subventio-

nierung des Erzeugerpreises die Ablieferungen gestiegen sein. Ein Anzeichen dafür kann in der erhöhten Belieferung Wiens seit Ende April erblickt werden.

Die *Gemüseaufbringung* ist gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen. So erhöhte sich die Belieferung Wiens im April im Vergleich zum Vorjahr um etwa das Vierfache. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die statistisch ausgewiesenen Zufuhren zweifellos zum Teil dadurch bedingt sind, daß durch die Aufhebung der Bewirtschaftung eine Verlagerung des Gemüsebezuges vom Schwarzen Markt und von Hamsterfahrten zugunsten der normalen Marktbelieferung stattgefunden hat. Der Vorteil einer besseren Marktbelieferung wird allerdings durch relativ hohe Preise erkauft.

Landwirtschaft

Der Frühjahrsanbau wurde durch das Wetter begünstigt. Der Saatenstand ist durchschnittlich noch gut. Da jedoch die geringen Niederschläge¹⁾ von örtlich begrenzter Wirkung blieben, ist der Wachstumsstand uneinheitlich. Besonders im March- und Steinfeld und im Waldviertel herrscht gebietsweise große Trockenheit, die das Wachstum des Futters, des Feldgemüses und des Sommergetreides hemmt. Die Ertragsaussichten beim Wintergetreide sind jedoch gut, da der Boden dank der frühzeitigen Beschattung vor dem Austrocknen geschützt war. Der Fruchtansatz bei Obst ist teilweise reichlich, nur Marillen sind abgefioren. Der Wein entwickelt sich auch heuer vielversprechend.

Gegenüber dem Vorjahr wurde die Zuckerrübenanbaufläche durch Beistellung von Saatgut und Kunstdünger und die in Aussicht gestellten höheren Zuckerprämien bedeutend erweitert. Der milde Winter und die trockene Witterung in den Monaten April und Mai begünstigten jedoch ein massenhaftes Auftreten von Schädlingen (Rüsselkäfer, Erdflöhe, Drahtwürmer), die die auflaufende Rübensaat vernichteten oder so schwer schädigten, daß — soweit das vorhandene Saatgut ausreichte — neu angesät werden mußte. Der Zuckerrübenbau wird daher sowohl flächenmäßig als auch mengenmäßig bedeutend hinter den Erwartungen zurückbleiben²⁾.

¹⁾ Im April 1948 erreichten die Niederschläge durchschnittlich nur rund 50% der Normalmengen. Besonders trocken war es gebietsweise im Wiener Becken, im Wein- und Waldviertel und in Teilen des Innviertels.

²⁾ Mit den vorhandenen und den importierten Mengen an Zuckerrübensaatgut hätten heuer bei einmaliger Feldbestellung rund 30.000 ha bebaut werden können. Demgegenüber betrug die Zuckerrübenanbaufläche im Jahre 1947 21 000 ha und im Durchschnitt 1926/35 37 000 ha.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 5. 191—192.

Die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft entwickelt sich weiter außerordentlich günstig, sodaß die industrielle Produktion von dieser Seite her keine nennenswerten Störungen mehr erfährt. Die Belieferung der Industrie ist ausreichend und liegt zum Teil sogar weit über dem Stand von 1937. Einige Schwierigkeiten bereitet noch die Sortenfrage, da den Betrieben oft Sorten zugeteilt werden, die für ihre Feuerungsanlagen nicht ganz geeignet sind und daher nicht ökonomisch ausgenutzt werden. Aber auch diese Unzukömmlichkeiten sind auf ein erträgliches Maß gesunken, seit überhaupt ausreichende Kohlenmengen verteilt werden können.

Von allen Hauptverbrauchergruppen wird nur noch der Hausbrand mit geringeren Kohlenmengen beliefert als vor dem Kriege. Die Spanne zwischen dem angemeldeten Bedarf und der tatsächlichen Belieferung ist hier besonders groß. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Bedarfswerte stark überhöht sind. (Sie liegen etwa 3 bis 4mal höher als der tatsächliche Verbrauch vor dem Kriege.) Angesichts des Rückgangs der Kaufkraft dürfte wahrscheinlich bereits eine Kohlenlieferung in Höhe des Vorkriegsverbrauches ausreichen, die kaufkräftige Nachfrage nach Hausbrandkohle zu befriedigen.

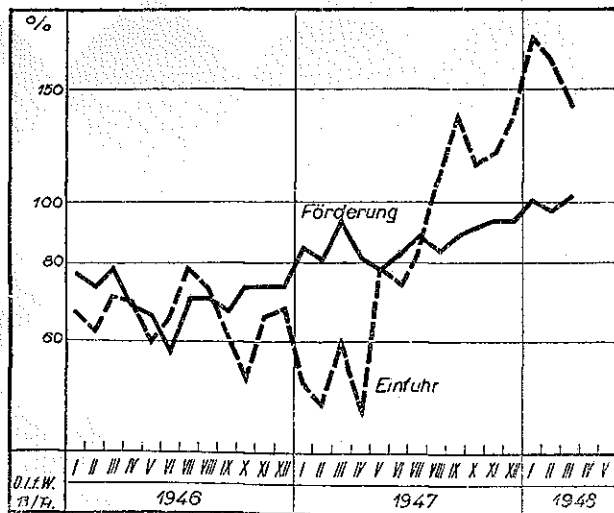
Die inländische Braunkohlenförderung hat seit Jahresbeginn die Vorkriegshöhe etwas überschritten, während die Steinkohlenförderung erst 75 bis 80% von 1937 erreicht. Diese im Vergleich zu anderen Industriezweigen günstigen Ergebnisse wurden in erster Linie durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte erreicht. Die durchschnittliche Schichtleistung je Arbeiter beträgt derzeit erst 50 bis 55% von 1937. Dieser Leistungsrückgang ist aber nur zum Teil auf das Sinken der physischen Arbeitsleistung zurückzuführen, sondern beruht vorwiegend auf der noch immer unzureichenden Ausstattung vieler Gruben mit Maschinen und Betriebsmitteln. Außerdem wird die durchschnittliche Gesamtproduktivität durch zahlreiche neueröffnete kleine Bergbaue herabgedrückt, in denen die Bringung nur mit großen Arbeitsaufwand möglich ist. In diesen Betrieben ist die Schichtleistung außerordentlich gering. Während z. B. die Kopfleistung je Schicht in den besten Gruben bis zu 2400 kg beträgt, erreicht sie in einigen kleinen Bergbauen nicht einmal 100 kg.

Förderung im Kohlenbergbau

	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Insgesamt ¹⁾
Ø 1937	19 185	270 147	154 259
1948 Februar	14 455	271 513	150 212
März	15 802	281 166	156 385
März 1948 in % des Ø 1937	82 37	104 08	101 38

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis

Abb. 2. Kohlenförderung und Kohleneinfuhr
(Log. Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die inländische Kohlenförderung hat in den letzten Monaten weiter zugenommen und bereits das Leistungsniveau von 1937 überschritten. Die Kohleneinfuhr ist seit dem Höchststand vom Jänner 1948 (182% von 1937) wohl stärker zurückgegangen, liegt aber noch immer bedeutend über dem Vorkriegsstand.

Die Kohleneinfuhren sind auch im April wieder etwas zurückgegangen, waren aber noch um 30% höher als im Jahre 1937. Die Lieferungen aus dem Ruhrgebiet halten sich ungefähr auf der bisherigen Höhe und betragen derzeit rund 50% der gesamten Steinkohleneinfuhr. Der Rest kommt zu vier Fünfteln aus Polen und zu einem Fünftel aus der Tschechoslowakei. Die Einfuhr aus den USA, die im Jänner noch 80.000 Tonnen betragen hat, ist bis April auf rund 3.000 Tonnen gesunken.

Auch bei der Braunkohleneinfuhr ist das Kontingent aus Deutschland ziemlich konstant, während die Lieferungen der übrigen Länder (CSR, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien) von Monat zu Monat stark schwanken. Die Kokseinfuhr ist verhältnismäßig gering (im April nur 42% von 1937), da der größte Teil des Bedarfes von der Kokerei Linz und den Gaswerken gedeckt wird.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke ist auch im April gestiegen. Der Betrieb der kalorigen Kraftwerke wurde daher weiter eingeschränkt. Insgesamt wurden im April 12 Mill. kWh

Strom mehr erzeugt als im März. Da der Verbrauch im Inland seit März nicht mehr eingeschränkt ist und bis April saisongemäß etwas zurückging, konnte der Export um 8 Mill. kWh gesteigert und die Einfuhr um 7 Mill. kWh verringert werden

Stromerzeugung und -verbrauch (Mill. kWh)

	Laufwasser-	Speicher-	Dampf-	Verbrauch
		werke		
1946 April . . .	1617	636	86	1807
1947 „ . . .	1800	702	108	2232
1948 „ . . .	2038	735	221	2669

Gewerbliche Produktion

Dasu statistische Übersichten S. 193—195

Die gewerbliche Produktion hat im März in fast allen Zweigen weitere Fortschritte gemacht. Auch im April sind nach den bisher vorliegenden Ergebnissen weitere Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Die allgemeine Geldknappheit und die Tendenz sinkender Preise hatten zumindest bisher keine ungünstigen Rückwirkungen auf die allgemeine Produktionsentwicklung, abgesehen vielleicht von einigen Produktionszweigen, die ihre Lebensfähigkeit nur der inflationistischen Tendenzen vor der Währungsreform und dem außerordentlichen Mangel an lebenswichtigen Bedarfsgegenständen verdanken. Auch die Baustoffindustrie hat kaum über Absatzschwierigkeiten zu klagen, obwohl die Bauwirtschaft gegenwärtig stagniert. Lediglich bei den bewirtschafteten Baumaterialien ergeben sich Absatzstockungen, die aber überwiegend auf die bürokratischen Verzögerungen bei der Ausstellung von Bezugsberechtigungen zurückzuführen sind.

Der *Produktionsindex* der Grundstoffindustrien ist von Februar bis März um 7 Punkte gestiegen und hat mit 90% von 1937 den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Gleichzeitig wird aus vielen Zweigen der Industrie gemeldet, daß die Arbeitsleistung in der letzten Zeit merklich gestiegen ist, so daß für die nächsten Monate auch mit einem Steigen der Produktivität zu rechnen ist. Die Erhöhung der menschlichen Arbeitsleistung wird jedoch nur dann zu einer Steigerung der Produktion führen, wenn komplementäre Produktionsmittel, vor allem Rohstoffe, in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Fehlen diese Voraussetzungen, so ist auch in wichtigen Industriezweigen mit einer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen. Dies gilt vor allem für die Konsumgüterindustrien, die zum Teil noch unter einem würgenden Rohstoffmangel leiden. Hier wird erst durch die im Marshall-Plan vorgesehenen Lieferungen eine Besserung eintreten

Im *Bergbau* haben fast alle Zweige ihre Förderung im März bedeutend erhöht. Die *Eisenerzförderung* erreichte mit 108 000 Tonnen rund 69% von 1937 und damit den höchsten Stand seit Kriegsende. Diese Menge würde allerdings bei weitem nicht ausreichen, die in Betrieb stehenden vier Kokshochöfen mit Erz zu versorgen, wenn nicht größere Mengen Erz aus Italien und Schweden eingeführt würden

Förderleistungen im Bergbau

	Eisenerz	Blei-Zinkerz in Tonnen	Kupfererz	Kaolin
Ø 1937	157.058	9.396	602	.
1948 Februar . . .	86.715	6.758	1.673	7.123
März	108.089	6.820	3.526	8.698

In der *Schwerindustrie* erreichte die *Roheisenerzeugung* 142%, die *Rohstahlerzeugung* 92% und die *Walzwarenerzeugung* 88% von 1937.

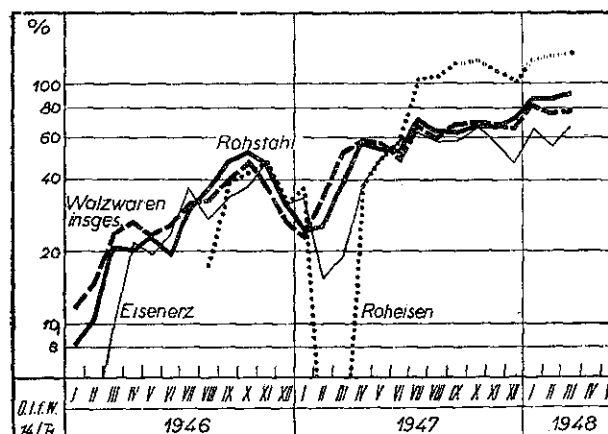
Die *Bleierzeugung* ist von Februar bis März von 62% auf 74% von 1937 gestiegen und auch die *Aluminiumgewinnung*, die in Ranshofen erst im März angelaufen ist, erreichte bereits 87% von 1937.

Die *Magnesitindustrie* erzielte im März besonders große Fortschritte. Sogar die *Rohmagnesitförderung*, die bisher erst 50 bis 60% von 1937 betragen hatte, stieg von 21.000 auf 33.000 Tonnen (101% von 1937).

Erzeugung der Magnesitindustrie

	Rohmagnesit	Sintermagnesit in Tonnen	kaust. gebr. Magn.	Magn. Steine
Ø 1937	33.155	9.128	3.930	5.042
1948 Februar . . .	21.160	7.410	4.750	6.863
März	33.446	8.458	5.169	7.212
März 1948 in % des Ø 1937	100,88	92,66	131,27	143,04

Abb 3. Die Produktion der Hüttenindustrie
(Log Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die Produktion der Hüttenindustrie ist seit der Energiekrise im Winter 1947 ständig gestiegen und erreichte im März 1948 in der Roheisenerzeugung 138,5%, in der Rohstahlerzeugung 91%, in der Walzwerkserzeugung 77,5% und in der Eisenerzförderung 69% von 1937.

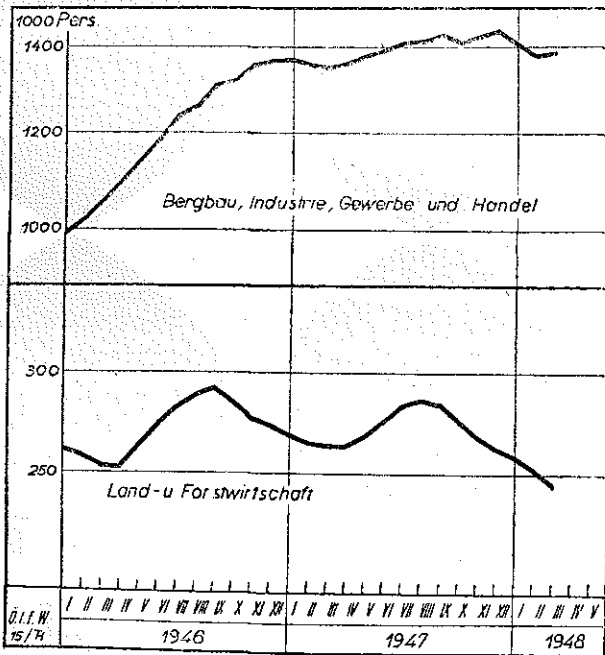
In der *Baustoffindustrie* sind ebenfalls beträchtliche Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Die *Ziegeleien* haben heuer bereits im März die Erzeugung von Mai 1947 erreicht und damit einen beachtlichen Vorsprung gewonnen. Die *Zement*erzeugung erreichte mit 40 000 Tonnen (113% von 1937) einen Höchststand, ebenso die *Bauglas*-erzeugung, die sogar 327% von 1937 betrug. Auch die Erzeugung bei allen übrigen Baustoffen ist bedeutend höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S 196—197

Geldknappheit und Absatzschwierigkeiten auf den Warenmärkten beeinflussen auch die Arbeitslage. Der starke saisonmäßige Aufschwung in der *Beschäftigung*, der normalerweise im März einsetzt, ist heuer ausgeblieben. Der Mitgliederstand der krankenversicherten Arbeiter bei der Wiener Gebietskrankenkasse ging im März von 327.900 auf 327.300 zurück. Diese rückläufige Bewegung dürfte gegenwärtig noch anhalten.

Abb. 4. Stand der Krankenversicherten in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft



Der Stand der Krankenversicherten in der gewerblichen Wirtschaft ist durch die Währungsreform bisher noch wenig beeinflusst worden; die Abnahme der Versicherten in den Monaten Dezember und Jänner dürfte überwiegend saisonbedingt gewesen sein.

In der Land- und Forstwirtschaft dagegen hält der Abstrom der Arbeitskräfte seit Mitte vorigen Jahres über das saisonbedingte Ausmaß an; die Zahl der versicherten Land- und Forstarbeiter liegt bereits unter dem Niveau der beiden Vorjahre.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* ist im März gegenüber Februar etwas zurückgegangen, war aber noch immer um mehr als 6 000 größer als im Dezember, obwohl sie saisonbedingt niedriger liegen sollte. Dabei ist zu beachten, daß seit dem Wegfall der Arbeitsplatzwechselverordnung im Dezember kein Zwang mehr besteht, Arbeitsvermittlungen über das Arbeitsamt vorzunehmen. Es ist daher anzunehmen, daß sich Entlassene überhaupt nicht beim Arbeitsamt melden, sondern durch Annoncen oder private Empfehlungen einen Arbeitsplatz zu finden hoffen. Die Postenbesetzung ohne Zuhilfenahme des Arbeitsamtes spielt noch immer eine große Rolle, was daraus ersichtlich ist, daß in den Monaten Jänner bis September 1947, also zu einer Zeit großer Arbeiterknappheit, 35,3% der Arbeitsplätze (ausgenommen kurzfristige Vermittlungen) auf Grund namentlicher Anforderungen besetzt wurden, d. h. der Arbeitgeber ersuchte das Arbeitsamt nur um Zustimmung zur Einstellung eines bereits ausgewählten Arbeitnehmers. Bei manchen Berufen war dieser Prozentsatz noch höher: Ingenieure und Techniker 71,6%; Bürokräfte 63,2%; Papierindustrie 64,4%; Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie 77,1%; Bühne und Film 79,5%. Die statistisch erfaßte Zahl der Stellensuchenden dürfte daher niedriger sein als die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen.

Immerhin ist bemerkenswert, daß bisher keine nennenswerte Arbeitslosigkeit entstanden ist. Die bisherige Entwicklung entspricht vielmehr einer Normalisierung des Arbeitsmarktes, der bisher durch den Zustand der Überbeschäftigung und einen Nachfrageüberschuß gekennzeichnet war. Damit sind freilich auch Härten verbunden. Da die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeht, wird es für unqualifizierte und insbesondere für ältere Stellensuchende immer schwieriger, eine Beschäftigung zu finden. Eine Erhebung des Landesarbeitsamtes Wien am 31. August 1947 ergab, daß von den damals gemeldeten 7 680 verfügbaren Arbeitslosen 49,6% über 40 Jahre und 23,4% über 50 Jahre waren. Die Wiederbeschäftigung der älteren Jahrgänge wirft besondere Probleme auf, da diese Personen meist nur schwer zu einer örtlichen Veränderung des Arbeitsplatzes zu bewegen und vielfach für eine Berufsumschulung nicht mehr geeignet sind. So waren von den 1 247 Kursteilnehmern, die im Jahre 1947 im Bereiche des Landesarbeitsamtes Wien nach- oder umgeschult wurden, nur 15,7% über 40 Jahre und nur 4,2% über 50 Jahre. Es ist daher zu befürchten, daß der

Rückgang des Nachfrageüberschusses auf dem Arbeitsmarkt nebst den Jüngsten, die unter dem Lehrstellenmangel leiden, vor allem die älteren Arbeiter und Angestellten treffen wird.

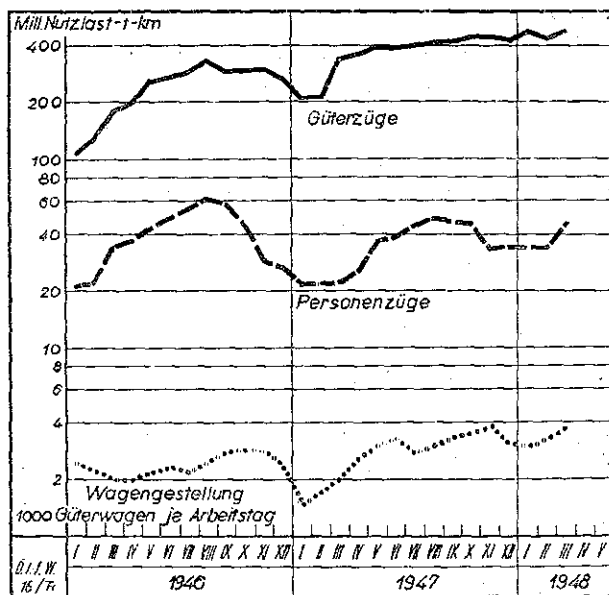
Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 198

Die günstige Kohlenversorgung der Österreichischen Bundesbahnen — die Zuweisungen betragen fast das Doppelte gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres — ermöglichte eine allmähliche Lockerung der Verkehrsbeschränkungen im Reiseverkehr noch vor Inkrafttreten des Sommerfahrplanes 1948. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Zugsdichte sind auch die Verkehrsleistungen gestiegen. Die Nutzlasttonnenkilometer-Leistungen im Reiseverkehr erhöhten sich im März um 23% und die Verkehrseinnahmen um 35%.

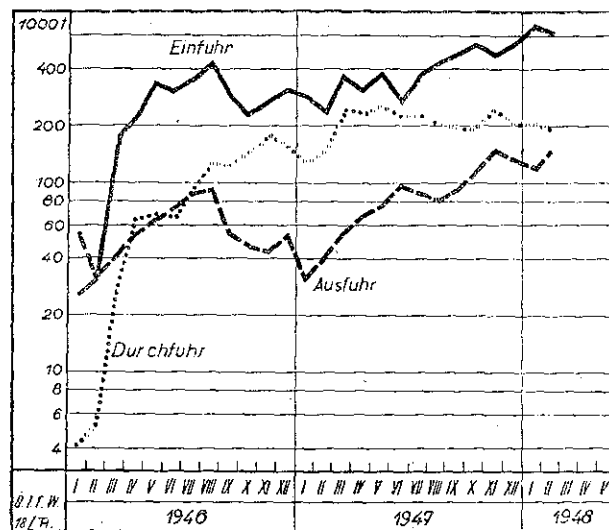
Diese Zunahme ist zum Teil saisonbedingt, zum Teil geht sie auf eine Rückwanderung des Personenverkehrs von der Straße zur Schiene zurück. Dieser Entwicklung wurde von privaten Autobusunternehmen durch eine Vermehrung der

Abb. 5 Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 1946 und 1947 in Nutzlasttonnenkilometer
(Log Maßstab; Mill. Nutzlasttonnenkilometer bzw. 1000 Güterwagen je Arbeitstag)



Die im Jahre 1947 bei verhältnismäßig geringer Wagen-gestellung (50% von 1937) erzielten Transportleistungen (im Güterzugverkehr 107%, im Reisezugverkehr 96,5% von 1937) würden ein günstiges Gesamtergebnis erwarten lassen. Tatsächlich schloß die Betriebsrechnung der ÖBB mit einem Defizit von 348 Mill. S. Die erzielten Nutzlast-Tonnen-Kilometer resultierten weniger aus einer Verlängerung der Transportwege (insbes. infolge Dezentralisierung der industriellen Standorte)

Abb. 6 Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr der Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 1946 und 1947
(Log. Maßstab; Mengen in 1000 t)



Der zunehmende Ein- und Ausfuhrverkehr spiegelt die allmähliche Belebung des österreichischen Außenhandels wider. Dagegen stagniert der Transitverkehr, teilweise infolge der Tarifpolitik der Nachbarstaaten, seit März 1947

Beförderungsmöglichkeiten sowie durch Fahrpreisermäßigung begegnet. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Abwanderung auf Parallelstrecken mit der Einführung des Sommerfahrplanes der Eisenbahnen (ab 9. V. 1948, Stufe II) und der damit verbundenen erhöhten Bequemlichkeit im Zugverkehr weiter anhalten wird, sofern sich nicht die Tarifspanne zwischen Autobus und Bahn bedeutend verkleinert

Auch im Reiseverkehr der Eisenbahnen dürfte sich die allgemeine Geldknappheit bald auswirken, so daß abgesehen von einer saisonbedingten Erhöhung der Frequenz in den Sommermonaten eher mit einem Rückgang der Beförderungsnachfrage zu rechnen ist. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß die Hamsterfahrten, die in den ersten beiden Nachkriegsjahren einen bedeutenden Teil des Reiseverkehrs ausmachten, mehr und mehr zurückgehen. Es ist daher zu erwarten, daß mit der Erhöhung der Zugsdichte die bisherige Überfüllung einer normalen Frequenz Platz machen wird. Damit fällt aber für viele Reisende der Hauptgrund für eine Benutzung der Polsterklasse weg, zumal da die Fahrpreise dieser Klassen bedeutend überhöht sind. Die Österreichischen Bundesbahnen beabsichtigen daher eine Tarifsenkung für die I und II. Wagenklasse ab 1. Juli 1948. Wichtiger als die Tarifsenkungen für Polsterklassen, die die gesamte Beförderungsnachfrage kaum beeinflussen dürften, sind die beabsichtigten Fahrpreisermäßigungen für

das Wiener Ausflugsgebiet (40 km-Grenze) und die Verbilligung der Touristenreisen über 300 km um 25%. Es entfallen allerdings durchschnittlich nur 2 bis 3% des österreichischen Reiseverkehrs auf die Zone über 300 km, wogegen 92% innerhalb der 100-km-Zone und rund 83% innerhalb der 50-km-Zone liegen. Eine Erhöhung der Einnahmen der Bundesbahnen, die bei gleichbleibender Frequenz mit einem Minderertrag von 15 Mill. S rechnen, wird daher in erster Linie davon abhängen, ob die Verbilligung des Nahverkehrs zu einer entsprechenden Erhöhung des Reiseverkehrs innerhalb der 40-km-Zone führt.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S 199--200.

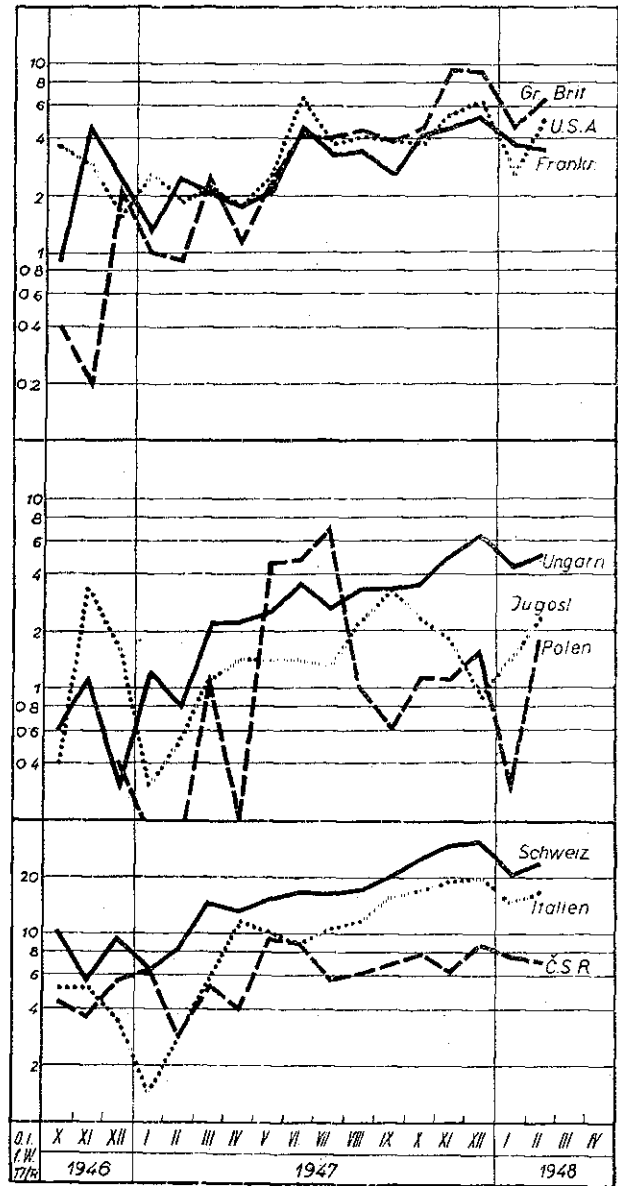
Der Rückschlag der *Ausfuhr* im Jänner wurde bereits im Februar durch eine Erhöhung des Ausfuhrwertes auf 106,9 Mill. S zum Teil wettgemacht. Im März erreichte die Ausfuhr mit 141,9 Mill. S einen neuen Höchststand. Die Zunahme der Ausfuhr im Februar um 19,6 Mill. S konzentrierte sich hauptsächlich auf Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um 17,9 Mill. S stieg. Insbesondere bei Textilien (+ 6,1 Mill. S), Eisenwaren (+ 2,6 Mill. S) und Glaswaren (+ 2,7 Mill. S) war eine stärkere Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen.

Die wertmäßige *Einfuhr* setzte ihren steten Anstieg auch im Februar fort und erreichte mit 169,5 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Die Brennstoffeinfuhren spielten weiterhin eine führende Rolle (44% der Gesamteinfuhr). Infolge der hohen Kohleneinfuhren wurden im Verkehr mit Deutschland und Jugoslawien neue Einfuhrhöchstsummen erreicht.

Der Außenhandel dürfte in der nächsten Zeit durch Ausgestaltung der Handelsbeziehungen einen neuen Auftrieb erfahren. Die Handelsbeziehungen mit Frankreich und Ungarn wurden erweitert, Handelsvertragsverhandlungen mit Großbritannien, Jugoslawien, der Türkei und der Tschechoslowakei laufen bzw sollen bis Mitte des Jahres begonnen werden. Auch die bevorstehende Errichtung neuer Außenhandelsstellen in Bulgarien, Rumänien, der Türkei und Griechenland könnte zur Ausweitung des Außenhandels beitragen.

Abb. 7: Entwicklung der österreichischen Ausfuhr nach den wichtigsten Ländern

(Log Maßstab; absolute Werte in Mill. S)



Die österreichische Ausfuhr nach den einzelnen Ländern entwickelte sich bisher sehr ungleichmäßig. Während die Ausfuhr nach der Schweiz und nach Italien, in geringerem Maße auch nach Ungarn, ziemlich stetig zunahm, unterlag die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten und insbesondere nach Polen und Jugoslawien starken zufälligen Schwankungen. Die Ausfuhr nach Großbritannien ist erst im letzten halben Jahr sprunghaft gestiegen.